

Antrag zur Befassung mit der finanziellen Situation der Universität und Verwaltungsgebühren durch den Hochschulausschuss

Antragsteller*innen:

Lukas Drescher (UDP)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, dass sich der Hochschulausschuss mit der finanziellen Situation und Ausstattung der Universität sowie insbesondere mit der geplanten Erhebung von Verwaltungsgebühren in Höhe von 60 € pro Person pro Semester befassen soll.

Antragsbegründung:

Da sich der Hochschulausschuss gemäß § 16 (4) Satz 2 der Geschäftsordnung nicht auf eigene Initiative mit einem Thema befassen kann, ist ein Befassungsbeschluss notwendig. Es liegt bereits die Einwilligung des Präsidiums vor, die diesen Beschluss nach § 16 (4) Satz 3 in dringenden Fällen ersetzen kann. Da der Hochschulausschuss sich allerdings noch nicht zu dieser Sitzung mit dem Thema befasst hat und es sich um eine längerfristige Thematik handelt, halte ich die Dringlichkeit gemäß § 11 (3) GO nicht mehr für gegeben. Damit alles formell richtig abläuft, stelle ich nun diesen Antrag auf einen Befassungsbeschluss.

Der Antrag ist inhaltlich absichtlich vage gehalten, um dem Hochschulausschuss einen größeren Handlungsspielraum einzuräumen, wie und in welchem Umfang er sich mit dem Thema befassen möchte. Außerdem wird es ihm so ermöglicht, im Rahmen von bzw. in Kooperation mit #UniOhneGeld im Laufe der aktuellen Wahlperiode auch ohne zusätzliche Einwilligung des Präsidiums oder einen erneuten Befassungsbeschluss selbstständig aktiv zu werden.

Die weitere Begründung und Beantwortung von Fragen erfolgen mündlich auf der Sitzung.